

# NEUE JUSTIZ

ZEITSCHRIFT FÜR RECHT  
UND RECHTSWISSENSCHAFT

28. JAHRGANG  
1. MÄRZHEFT

5/74  
S. 129-156

Dr. HARRI HARRLAND, Stellvertreter des Generalstaatsanwalts der DDR

## Die Gesetzlichkeitsaufsicht konsequent und wirksam ausüben!

Im Jahr des 25. Geburtstages unserer Republik sind die Aufgaben und die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft darauf gerichtet, die Beschlüsse des VIII. Parteitag der SED weiter zielstrebig und beharrlich durchzuführen. Die Voraussetzungen, noch wirkungsvoller dazu beizutragen, daß die sozialistische Gesetzlichkeit stetig gefestigt wird, sind gut.

An der Schwelle zum 25. Jahrestag unserer Deutschen Demokratischen Republik stellen wir mit Stolz und Genugtuung fest, daß wir einen sozialistischen Staat aufgebaut haben, „der allen seinen Bürgern ein menschenwürdiges Leben garantiert, ohne Ausbeutung und Krisen, sicher und geborgen“./V Wir haben einen Staat errungen, „in dem niemand die Angst um Arbeitsplätze oder die Sorge vor dem morgigen Tag kennt, einen Staat, in dem jeder gebraucht wird und gute Zukunftsaussichten in Frieden für sich, seine Familie, seine Kinder hat“ .121

Das dynamische Wachstum unserer Volkswirtschaft, die erfolgreiche Entwicklung des materiellen Lebensniveaus, der Bildung und Kultur des Volkes sind Ausdruck der Lebenskraft und Zukunftssicherheit des Sozialismus. Besonders seit dem VIII. Parteitag spüren wir, daß seine dem Wohl der Werktätigen dienenden Beschlüsse große schöpferische Energien in unserem ganzen Volk freigesetzt haben. Die sozialistische Wirklichkeit beweist, daß sich gute Arbeit und voller Einsatz der Person für die sozialistische Gesellschaft und für jeden einzelnen selbst lohnen. Sie beweist: Nur der Sozialismus sichert die sozialökonomischen Grundlagen für wahre Freiheit, Demokratie und Menschenwürde. Allein der Sozialismus verbürgt Gerechtigkeit und Rechtssicherheit. Nun gilt es, die erreichten Erfolge zielstrebig und beharrlich auszubauen — im Interesse der allseitigen Stärkung der DDR, im Interesse der Durchsetzung der gemeinsamen Politik der fest um die Sowjetunion zusammengeschlossenen sozialistischen Staatengemeinschaft zur weiteren Entfaltung des Sozialismus, für die Sicherung des Friedens in der internationalen Klassenaus-einandersetzung mit dem Imperialismus. Die positiven Ergebnisse der durch den XXIV. Parteitag der KPdSU vorgezeichneten Friedens- und Sicherheitspolitik müssen ausgebaut und unumkehrbar gemacht werden.

Während der Sozialismus seine Stabilität und Zukunftsträchtigkeit tagtäglich immer sichtbarer beweist, bieten die Länder des Monopolkapitalismus ein Bild vielfältiger und sich ständig vertiefender Krisen. Existenzunsicherheit und -angst unter den werktätigen

Massen nehmen zu. Klarer denn je tritt die ganze Unmenschlichkeit des auf Ausbeutung und Profitstreben beruhenden monopolkapitalistischen Systems zutage, das alle von ihm heraufbeschworenen Krisenlasten auf die Werktätigen abzuwälzen versucht. Wachsende Rechtslosigkeit und Rechtsunsicherheit sind die gesetzmäßigen Folgen. Die systembedingte Mißachtung selbst bürgerlich-demokratischer Rechtsprinzipien äußert sich gegenwärtig z. B. in der BRD besonders darin, daß Kommunisten und anderen demokratischen Kräften durch Berufsverbote die Existenzgrundlagen zerstört werden sollen.

Die Fragen von Recht und Gesetzlichkeit nehmen in der Klassenaus-einandersetzung mit dem Imperialismus einen wichtigen Platz ein. Sie sind untrennbar mit dem Wesen der jeweiligen Gesellschaftsordnung verbunden. Im Kern reduzieren sie sich auf die klassenmäßige Formel: „Recht für wen — Recht gegen wen?“. Der Imperialismus und seine Apologeten mit ihren schein-demokratischen Phrasen strafen sich durch die Wirklichkeit dieses unmenschlichen Systems selbst Lügen. Hingegen dient das sozialistische Recht der Verwirklichung des historischen Anspruchs der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, ein von Ausbeutung und Unterdrückung freies Leben der Gesellschaft zu gestalten.

Mit allen erfolgreichen Anstrengungen, die wir unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Vorhut, der SED, unternommen haben und unternehmen, die sozialistische Gesellschaft zu gestalten und zu entwickeln, war und ist die Aufgabe, die sozialistische Gesetzlichkeit strikt und mit wachsendem Niveau zu verwirklichen, unlöslich verbunden. Auch in dieser Beziehung dürfen wir anlässlich des Jubiläums unseres sozialistischen Staates mit Recht darauf verweisen:

„Ja, wir haben diese 25 Jahre; gut genutzt, unser Weg war und ist richtig. Jeder spürt das selbst. So gut und so sicher, wie wir unsere Republik aufgebaut haben, so gut und so sicher leben wir in ihr.“/3/

Das verstehen wir als Errungenschaft und weiteren Klassenauftrag zugleich. Unbedingte Rechtssicherheit, Gerechtigkeit im Großen wie im Kleinen, das sind und bleiben feste Bestandteile der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe.

## Die erreichten positiven Ergebnisse ausbauen

Jetzt gilt es, den Beitrag der Staatsanwaltschaft zur weiteren Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit noch wirksamer als bisher zu erbringen. Allenthalben

H1 Vgl.: Aufruf des Nationalrates der Nationalen Front der DDR zum 25. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik, ND vom 9. Januar 1974.  
121 Ebenda.

131 Ebenda.